

Leipziger Volk

Hast du dich schon zur Wahlarbeit gemeldet?

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 - **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Laubaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig,** Laubaer Straße 19/21 - **Telefon** 72208

Insertenpreise: Die 10gelte, Kolonelle 35 W., bei Blauverdrift 40 W., Stellenangebote 10gelte, Kolonelle 25 W. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gelte, Kolonelle mit 50% Nachl., Reklamezeile 2 W., Inserat v. ausm.: die 10gelte, Kolonelle 40 W., bei Blauverdrift 50 W., Reklamezeile 2,25 W.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Volksämter entgegen

Die Kammer-Wahlen in Frankreich

Der Poincaré-Block erfolgreich - In den meisten der 612 Wahlkreise sind Stichwahlen erforderlich

Zeitresultate

WZS. Paris, 22. April.

Die Wahlen haben sich in ganz Frankreich, soweit bis zum späten Nachmittag Nachrichten vorliegen, ohne Zwischenfälle vollzogen. Der Wahlakt begann um 8 Uhr und wurde um 6 Uhr geschlossen. In Paris zeigte sich vor den einzelnen Wahllokalen im Laufe des Nachmittags die übliche Tätigkeit, die im Heranschleppen der säumigen Wähler besteht. Im übrigen haben die verschiedenen Parteien im Laufe der vergangenen Nacht durch auffallende Plakate für ihre Kandidaten geworben. Die Wahlbeteiligung ist sowohl in Paris als auch in der Provinz eine stärkere gewesen als im Jahre 1924.

SPD Paris, 23. April. (Radio.)

Der erste Wahlgang der französischen Wahlen hat erwartungsgemäß nur in einem Bruchteil der Wahlkreise ein endgültiges Ergebnis gebracht. Bis 5 Uhr morgens waren etwa 400 Resultate bekannt. Es war jedoch nur an rund 110 Stellen die Entscheidung gefallen. Ueberall sonst wird eine Stichwahl notwendig sein. Da die Entscheidung zum Teil in sogenannten sicheren Wahlkreisen erfolgt worden ist, lassen sich aus den vorliegenden nachstehenden Zahlen keine weitgehenden Schlüsse ziehen. Es sind bisher gewählt: Sozialisten 15, Kommunisten 8, Radikale und Sozialistische Republikaner 13, gemäßigte Radikale (Doucheur-Gruppe) 10, gemäßigte Republikaner (Richtung Poincaré) 22, Rechtsrepublikaner, Nationalisten der Richtung Marin 15, Konservative (Royalisten und dergleichen) 5.

Ungeachtet hat der Regierungsbund einen starken Erfolg erzielt. Die Parole Poincarés: „Schützt den Franken durch Schaffung einer stabilen Regierungsmehrheit“ hat gezogen. Da aber der rechte Flügel der Regierungskoalition, die nationalistische Gruppe Marin, fast durchschnittlich sehr gut abgeschnitten hat, so hat es einstweilen nicht den Anschein, als ob Poincaré in der Zukunft auf ihre Stimmen verzichten können.

Die Sozialisten haben in Paris und Umgebung, wo die Partei seit der Spaltung nur über eine schwache Organisation verfügt, mäßig, zum Teil sogar schlecht abgeschnitten. In der Provinz, besonders in Marseille, Lyon und im industriellen Norden, sind die Resultate für die Sozialisten im allgemeinen erheblich besser, zum Teil sogar sehr gut. Der sozialistische Präsident der Deputiertenkammer, Bouisson, ist bei Marseille mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt worden. Ebenfalls wiedergewählt ist der Finanzspezialist der Fraktion, Vincent Auriol bei Toulon. Auch Paul-Boncour wurde leicht wiedergewählt. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, befindet sich für die Stichwahl in sehr günstiger Position, ebenso Renaudel in Toulon, Brade in Roubaix, Longuet in der Pariser Banneville, Grumbach in Mühlhausen, Petrot in und Georg Weill in Straßburg. Im Elsaß ist übrigens eine überraschend starke Stimmenzahl für die offenen oder versteckten Autonomisten abgeben worden.

Die Kommunisten haben im allgemeinen gut abgeschnitten, aber in ganz Frankreich bisher keinen einzigen Abgeordneten aus eigener Kraft durchsetzen können. Selbst Cachin, Bailant-Couturier, Marty und Doriot, denen die Regierung einen Mandatsverzicht verschafft hatte und die in „sicheren“ Wahlkreisen aufgestellt waren, müssen sich zur Stichwahl stellen. Die Sozialisten betrachten es als ihre Pflicht, den Kommunisten dort zum Erfolge zu verhelfen, wo die Reaktion sonst siegen könnte. Vielleicht wird diese Tatsache die Kommunisten zur Gegenleistung veranlassen. Die Kommunisten können mit sozialistischer Hilfe etwa 15 Mandate im zweiten Wahlgang erobern, vor allem in Paris und Umgebung.

Unter den bekannten bürgerlichen Politikern befindet sich der Großindustrielle Loucheur in einer schweren Stichwahl in einem proletarischen Wahlkreis von Nordfrankreich. Doch sind seine Aussichten nicht schlecht. Der steinreiche Verleger des Petit Parisien, Dupuy, der für seine Wahlpropaganda ungeheure Summen ausgegeben hatte, ist in einem Pariser Bezirk endgültig durchgefallen. Bei Baron v. Rothchild dagegen hat sich die Geldverschwendung gelohnt. Er ist in den Alpen wiedergewählt.

Ein endgültiges Urteil über den Ausfall der Kammerwahlen läßt sich, da erst aus etwa zwei Dritteln der Wahlkreise das Ergebnis vorliegt, noch nicht fällen. Das wird erst nach dem Bekanntwerden der Stichwahlresultate, also nach dem 29. April, möglich sein. Immerhin ist unverkennbar, daß Poincaré einen starken Erfolg erzielt hat. Léon Blum im Populäre stellt fest, daß die Wahlen einen starken Ruf nach rechts gebracht hätten. Die Reaktion habe unbedingt an Boden gewonnen. Kamentlich in Paris habe die Kampagne gegen das Kartell und seine Politik Früchte getragen. Er selbst sei in seinem Wahlkreis gegen die Reaktion unterlegen. Er habe von vornherein damit gerechnet, daß die Kommunisten die von ihnen

erreichten Zahlen auch tatsächlich erhalten würden, aber er habe nicht gedacht, daß die reaktionären Parteien der verschiedensten Schattierungen ihm selbst so schweren Abbruch tun könnten, daß er nicht mehr bestehen konnte.

Danach scheint der Ausfall der Wahlen in Frankreich selbst eine Ueberraschung gebracht zu haben. Wir behalten uns die politische Wertung des Resultats vor, bis es in seiner Gesamtheit vorliegt.

Léon Blum tritt zurück

Die Wahlhilfe Poincarés für die Kommunisten hat einen besonderen Erfolg erzielt. Der hervorragende Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs Léon Blum ist in einem Pariser Vorort gegenüber dem geflüchteten kommunistischen Abgeordneten Duclos in der Minderheit geblieben. Blum hat nur 6000 Stimmen, rund 1400 Stimmen weniger als der zu 30 Jahren Gefängnis verurteilte Duclos, erhalten. Eine Stichwahl ist notwendig. Da aber infolge des mörderischen Kampfes zwischen den beiden

Arbeiterparteien eine Wahl des reaktionären Kandidaten in diesem überwiegend proletarischen Bezirk droht, ist Blum entschlossen, zugunsten von Duclos zurückzutreten. In ganz Paris und Umgebung ist nur ein einziger Sozialist, der Führer der Antidroschken-gaucheure Françoise, endgültig gewählt.

Wiedergewählt!

Unter den Abgeordneten, die bisher im ersten Wahlgang gewählt wurden, befinden sich von den Sozialisten die Genossen Vincent Auriol und der Kammerpräsident Bouisson. Von den Bürgerlichen u. a. die Minister Briand, Herriot und Tardieu, Maginot, der ehemalige Kriegsminister im Kabinett Poincaré, François Poncelet von den gemäßigten Republikanern, Tallingier von der Gruppe Marin, der Führer der patriotischen Jugendorganisationen. Unter den Wiedergewählten befinden sich weiter der Abgeordnete Landin von der Fraktion Bokanowski, der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour und der elsässische Abgeordnete Pfeiler. Neu gewählt wurde der frühere radikale Senator und Minister François Albert.



Paul-Boncour (Soz.) Renaudel (Soz.) Herriot (Rad.-Soz.) Painlevé (Repl.-Soz.)

Zwanzig Milliarden Massensteuern

Die Besitzenden brachten von 1924 bis 1927 nur zehn Milliarden auf

Soll das so bleiben?

Das Reichsfinanzministerium hat vor kurzem die Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1927 veröffentlicht. Damit läßt sich nunmehr die Entwicklung der Reichseinnahmen seit der Stabilisierung in den Rechnungsjahren 1924 bis 1927 verfolgen. Die wichtigsten Zahlen hierfür bieten folgendes Bild:

	Reichseinnahmeverträge 1924 bis 1927			
	1924	1925	1926	1927
	In Millionen Mark			
Gesamtaufkommen	7323	6856	7173	8490
Massenbelastung	4992	4986	4743	5516
davon Lohnsteuer	1332	1367	1095	1348
„ Umsatzsteuer	1798	1338	875	878
„ Körperschaftsteuer	312	318	312	349
„ Zölle	357	590	940	1251
„ Verbrauchssteuern	1193	1373	1521	1690
Beitragbelastung	2331	1870	2430	2974
davon Einkommensteuer	863	803	1084	1301
„ Körperschaftsteuer	314	187	382	474
„ Vermögensteuer	499	570	359	442
„ Erbschaftsteuer	26	27	35	72

Diese Zahlen ergeben den unüberlegbaren Beweis für den unsozialen Charakter der Steuerpolitik des Bürgerblocks. 1924 bis 1927 hat das Reich insgesamt rund 30 Milliarden Steuern eingenommen. Davon sind aber mehr als 20 Milliarden durch die Massenbelastung aufgebracht worden. Seit der Stabilisierung hat sich die Massenbelastung mehr als zwei Drittel der gesamten Reichseinnahmeverträge aufgebracht.

Zugleich hat aber die Massenbelastung fortgesetzt riesenhafte Ueberschüsse geliefert. Der Bürgerblock war immer bemüht, diese Tatsache dadurch zu verdecken, daß die Voranschläge im Reichshaushaltsplan nachträglich den wirklichen Steuereinnahmen angepaßt wurden. Stellt man dagegen die tatsächlichen Steuer-

erträge den ursprünglichen Voranschlägen gegenüber, so brachten an Ueberschüssen

	1924	1925	1926	1927
	In Millionen Mark			
Massenbelastung	1801	611	272	646
Beitragbelastung	278	99	217	91

In den vier Rechnungsjahren hat also die Massenbelastung insgesamt mehr als 3300 Millionen Ueberschüsse erbracht, die Beitragbelastung dagegen noch nicht 500 Millionen. Diese Ueberschüsse hat der Bürgerblock zu Liebesgaben an den Besitz und zur Senkung der Beitragbelastung verwendet. Nach eigenen Angaben der Reichsregierung sind die Beitragsteuer durch die beiden großen Steuerreformen in den Jahren 1925 und 1926 um 2½ Milliarden ermäßigt worden.

Die Sozialdemokratie hat dieses Steuerrecht ständig aufs Schärfste bekämpft, und ihr Kampf hat auch eine Reihe von Erfolgen gezeitigt.

Sie hat erreicht, daß das steuerfreie Existenzminimum bei der Lohnsteuer, das 1924 nur 50 Mark monatlich betrug, vom 1. Januar 1926 ab auf 100 Mark monatlich erhöht wurde. Ihr alleiniges Werk sind die Erstattungen bei der Lohnsteuer, durch die bis jetzt 162 Millionen den Lohnsteuerpflichtigen wieder zurückgezahlt worden sind. Die Sozialdemokratie hat weiter durchgesetzt, daß die Umsatzsteuer von 2½ Prozent im Jahre 1924 auf 1½ Prozent ab 1. April 1926 herabgesetzt, also auf weniger als ein Drittel ermäßigt worden ist. Sie hat schließlich erreicht, daß die Salzsteuer vom 1. Oktober 1927 ab aufgehoben und gleichzeitig die Zuckersteuer auf die Hälfte ermäßigt wurde.

Am 20. Mai fällt die Entscheidung über die Schwach der Belastung der Ärmsten und der Armen. Großindustrielle und Großagrarier erklären in edler Uebereinstimmung, daß sie überhaupt „zahlungsunfähig“ seien.

Die Empfänger der 80-Pfennig-Stundenlöhne aber werden für zahlungsfähig erklärt. Sie haben die 20 Milliarden ausbringen müssen. Gebt den Steuerdrückbergern eure Zustimmung!

Wählt Liste 1! Die Liste der Sozialdemokratie!